



Stadt Kamen

Niederschrift

UKA

über die
3. Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses
am Donnerstag, dem 07.09.2023
im Sitzungssaal I

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:30 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Denis Aschhoff
Frau Alexandra Bartosch
Herr Heinrich Behrens
Herr Daniel Heidler
Herr Klaus Kasperidus
Frau Brigitte Langer
Frau Jutta Maeder
Frau Dr. Natalie Renkhoff
Herr Volker Sekunde

CDU

Herr Michael Bierhoff
Frau Sarah Grüneberg
Herr Stefan Helmken
Herr Heinrich Kissing
Herr Matthias Meschede

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Frau Christina Kollmann

DIE LINKE / GAL

Frau Jana Bornemann

fraktionslos

Herr Timon Lütschen

FDP

Frau Nadine Gajsek

Sachverständige gem. Beschluss des Umwelt- u. Klimaschutzausschusses

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel
Herr Rainer Nehls

Verwaltung

Herr Matthias Breuer
Herr Andreas Dörlemann
Frau Monika Holtmann
Herr Dr. Uwe Liedtke
Herr Gerald Müller

Gäste

Frau Dr. Hanna Schmitt, RVR
Herr Tino Wenning, RVR

Entschuldigt fehlten

Herr Winfried Borgmann
Herr Peter Gerwin
Herr Fabian Gulcz
Herr Dennis Kobus
Herr Gökçen Kuru
Herr Andreas Meier
Frau Nadine Pasalk
Herr Andreas Sude
Herr Hans-Heinrich Wortmann

Herr **Aschhoff** eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses, begrüßte die Ausschussmitglieder, Zuhörerinnen und Zuhörer sowie die Vertreter der Presse. Er stellte die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergaben sich nicht.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung verpflichtete der Ausschussvorsitzende die sachkundige Bürgerin, Frau Nadine **Gajsek**.

Auf die in der Niederschrift hingewiesene Präsentation aus der Sitzung am 07.09.2023 kann über das Ratsinformationssystem zugegriffen werden.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Ortstermin Friedrich-Ebert-Schule; Besuch des Schulgartens	
2	Einwohnerfragestunde	
3	Charta Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr Gast: Herr Tino Wenning, RVR, Referat Freiraumentwicklung und Landschaftsbau, Teamleiter Grüne Infrastruktur	080/2023
4	Bewertung städtischer Liegenschaften auf ihre Eignung für die Nutzung durch Freiflächen-PV-Anlagen	082/2023
5	Förderprogramm „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“ hier: Bericht der Verwaltung	083/2023
6	Kommunales Förderprogramm zur Dachbegrünung „Artenreich und bunt“ hier: Beschluss	084/2023
7	Bericht des Klimaschutzmanagements	
8	Kommunale Wärmeplanung hier: Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN	
9	Förderprogramm des Aktionsprogrammes Natürlicher Klimaschutz hier: Antrag der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN	
10	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Ortstermin Friedrich-Ebert-Schule; Besuch des Schulgartens

Im Rahmen des Ortstermins informierten sich die Ausschussmitglieder über das Projekt der Friedrich-Ebert-Schule. Die Schulleiterin und die Projektleitung informierten und beantworteten Rückfragen.

Die Sitzung wurde um 18.15 Uhr im Sitzungssaal 1 des Rathauses fortgesetzt.

Zu TOP 2.

Einwohnerfragestunde

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergaben sich nicht.

Zu TOP 3. 080/2023

Charta Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr
Gast: Herr Tino Wenning, RVR, Referat Freiraumentwicklung und Landschaftsbau, Teamleiter Grüne Infrastruktur

Herr **Aschhoff** begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt den Referenten, Herrn Wenning, sowie sein Kollegin Frau Dr. Hanna Schmitt. Zudem verwies er auf die ausführliche Beschlussvorlage nebst Anlage.

Herr **Wenning** referierte anhand einer Präsentation (s. Ratsinformationssystem) über die wesentlichen Leitthemen und Ziele der Charta Grüne Infrastruktur. Im Wesentlichen stelle die „Charta Grüne Infrastruktur“ einen Planungsbaustein mit Handlungszielen sowie Umsetzungsstrategien dar und eine Vorbereitung für die Bewerbung um Förderprogramme. Insgesamt stelle die „Charta Grüne Infrastruktur“ eine informelle Absichtserklärung dar und begründe die so wichtige Zusammenarbeit für eine „Grüne Infrastruktur“. Für April 2024 sei die Durchführung eines Netzwerktages geplant.

Im Anschluss an den Vortrag beantworteten Herr **Wenning** und Frau **Dr. Schmitt** Nachfragen.

Flächenverbräuche durch Wohnbebauung, Gewerbeansiedlung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur seien enorm und im Rahmen intensiver Abwägungsprozesse möglichst zu reduzieren, fasste Herr **Aschhoff** die diesbezügliche Diskussion zusammen.

Die Ziele und Inhalte der „Charta Grüne Infrastruktur“ sowie die Vernetzung im Regionalverband Ruhr fanden allgemeine Zustimmung durch den Ausschuss und wurden ausdrücklich begrüßt.

Herr **Kühnapfel** wies auf die Vorreiterfunktion des RVR hin und kritisierte die Betonierung einer Freifläche im Bereich der Halde „Großes Holz“ in Bergkamen. Eine Rückmeldung des RVR dazu wurde von Herrn **Wenning** zugesichert.

Beschlussempfehlung:

Der Rat der Stadt Kamen unterstützt die nachhaltige Mitwirkung an der Charta Grüne Infrastruktur Metropole Ruhr als Leitbild und Richtschnur für die zukünftige Entwicklung der Grünen Infrastruktur.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
082/2023

Bewertung städtischer Liegenschaften auf ihre Eignung für die Nutzung durch Freiflächen-PV-Anlagen

Herr **Aschhoff** verwies auf die vorliegende Mitteilungsvorlage nebst Anlage.

Anhand einer Präsentation (s. Ratsinformationssystem) informierte Herr **Dörlemann** über die Methodik und Auswertung der identifizierten städtischen Flächenpotenziale und beantwortete gemeinsam mit Herrn **Dr. Liedtke** und Herrn **Breuer** Rückfragen. In diesem Zusammenhang wurde verdeutlicht, dass im Rahmen der weiteren Flächenprüfung insbesondere die Netzanbindung und die landschafts- und naturschutzrechtliche Flächenbewertung betrachtet werden. Insofern handele es sich bei der derzeitigen Darstellung nur um einen Zwischenstand.

Frau **Dörlemann** erklärte, dass mit der vorliegenden Bewertung kommunaler Flächen eine gute Grundlage für die weitere Prüfung vorliegen würde. Die Einbeziehung von versiegelten Parkplatzflächen werde ausdrücklich begrüßt. Darüber hinaus regte sie einen aktiven Beteiligungsprozess an (Ansprache der Landwirte, Bildung von Bürgerenergiegenossenschaften), um die Entwicklung von Freiflächen-PV-Anlagen im Allgemeinen voranzubringen.

Generell seien die Potenziale auf Dachflächen größer und effektiver als Freiflächen-PV-Anlagen, verdeutlichte Herr **Kissing**. In diesem Zusammenhang wies Herr **Dr. Liedtke** auf das zur Verfügung stehende Solarpotenzialkataster und das „GSW-Energiedach“ hin.

Mögliche Zielkonflikte „Landwirtschaft“ – „Freiflächen-PV-Anlagen“ wurden erörtert. Diese ließen sich allerdings mit Agri-PV-Anlagen lösen.

Herr **Heidler** bewertete die ersten Auswertungen positiv. Grundsätzlich sei Flächenpotenzial verfügbar. Nunmehr würden weitere Prüfprozesse der identifizierten Flächenpotenziale abzuwarten sein. Eine Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern werde positiv gesehen. Zielkonflikte sollten so gering wie möglich gehalten werden.

Herr **Kühnapfel** stellte insbesondere die Vorteile von Freiflächen-PV-Anlagen heraus und erörterte, dass es in der Regel bei Errichtung derartiger Anlagen lediglich zu geringen Einschränkungen des Naturhaushaltes komme.

Zu TOP 5.
083/2023

Förderprogramm „Klimaresiliente Region mit internationaler Strahlkraft“
hier: Bericht der Verwaltung

Herr **Breuer** verwies auf die vorliegende Mitteilungsvorlage.

Zu TOP 6.
084/2023

Kommunales Förderprogramm zur Dachbegrünung „Artenreich und bunt“
hier: Beschluss

Herr **Aschhoff** verwies auf die vorliegende Beschlussvorlage.

Herr **Breuer** stellte die Gründe für die Überarbeitung der Förderrichtlinie dar.

Die aktualisierte Fassung des Förderprogramms solle in der kommenden Sitzung des Umwelt- und Klimaschutzausschusses vorgestellt werden, ergänzte Herr **Dr. Liedtke**.

Aufgrund seiner Erfahrungen regte Herr **Meschede** an, die Antragstellung zu vereinfachen und die Bewilligungen zeitnah zu erteilen (Angebote gelten oftmals nur 14 Tage).

Die geplante Überarbeitung der Förderrichtlinie wurde durch die Ausschussmitglieder unterstützt.

Beschluss:

Aufgrund der geringen Nachfrage der Fördermittel wird die Verwaltung beauftragt das aktuelle Förderprogramm zu überarbeiten und auf weitere Gebäudetypen zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.

Bericht des Klimaschutzmanagements

Herr **Müller** informierte über die Projekte, Aktionen und Veranstaltungen des Klimaschutzmanagements. Des Weiteren informierte er über den Bearbeitungsstand der „3 Klimaschutzkonzepte“ und berichtete zu den kommunalen Aktivitäten zur Vorbereitung der „Kommunalen Wärmeplanung“. Die detaillierten Informationen sind der Präsentation (Seiten 14 bis 29) zu entnehmen.

Herr **Bierhoff** forderte eine eingehende Befassung mit der Thematik „Entsiegelung von Flächen“ zur Verbesserung des Mikroklimas in der Stadt ein. Zudem wies er darauf hin, dass die Pflege von Grünflächen in der Stadt vernachlässigt würde.

Maßnahmen zur Verbesserung des Stadtklimas würden im Klimaschutzkonzept der Stadt Kamen enthalten sein und auch über das KRiS-Programm weiter thematisiert, erklärte Herr **Müller**.

In diesem Zusammenhang verdeutlichte Herr **Breuer**, dass schlussendlich die Berücksichtigung von Maßnahmen des Klimaschutzes auch im Rahmen von Abwägungsprozessen im Rahmen von politischen Entscheidungen zu priorisieren seien. Die zu beschließende Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes bilde die Arbeitsgrundlage für die Verwaltung, insbesondere des Klimaschutzteams.

In Bezug auf die Grünflächenpflege wies Herr **Dr. Liedtke** auf die Personalengpässe in diesem Tätigkeitsbereich hin. Er regte eine Diskussion zum Thema „Mehr Wildnis im Stadtbild wagen“ an. Darüber hinaus würden Aspekte des Klimaschutzes bei der Umsetzung von neuen Projekten berücksichtigt. Beispielhaft nannte er die Projektentwicklung „Alter Markt“, die in der letzten Sitzung des Planungs- und Stadtentwicklungsausschusses vorgestellt worden sei. Im Zuge der weiteren Projektentwicklungsphasen erfolge die Begleitung durch weitere Fachausschüsse, auch den Umwelt- und Klimaschutzsausschuss.

Die Erstellung einer kommunalen Wärmeplanung bis 2028 sei eine sehr ambitionierte und komplexe Aufgabe, stellte Herr **Kissing** fest.

Auf Nachfrage von Herrn **Kissing** erläuterte Herr **Dr. Liedtke**, dass die Städte Kamen und Bergkamen sowie die Gemeinde Bönen gemeinsam unter Mitarbeit der Gemeinschaftsstadtwerke eine Arbeitsgruppe zum Thema „Kommunale Wärmeplanung“ gebildet hätten. Eine Einbindung der GSW als Netzbetreiber für Fern- u. Nahwärmeversorgung werde damit gewährleistet. Jede Kommune erstelle jedoch die jeweilige „Kommunale Wärmeplanung“ für sich. Es würden aber Synergien durch die Beauftragung eines Büros und die Bündelung von Erfahrungen im Rahmen der Arbeitsgruppe erwartet. Das Verfahren würde mit dem Beschluss der „Kommunalen Wärmeplanung der Stadt Kamen“ durch den Rat abgeschlossen.

Zu TOP 8.

Kommunale Wärmeplanung
hier: Antrag der Fraktion B90/DIE GRÜNEN

Unter Bezugnahme auf die vorangegangenen Informationen der Verwaltung zum Thema „Kommunale Wärmeplanung“ zog Frau **Dörlemann** den Antrag ihrer Fraktion zurück.

Zu TOP 9.

Förderprogramm des Aktionsprogrammes Natürlicher Klimaschutz
hier: Antrag der Fraktion B90/ DIE GRÜNEN

Frau **Kollmann** begründete den Antrag.

Herr **Dr. Liedtke** erklärte, dass das angesprochene Förderprogramm der Verwaltung bekannt sei. Bei dem Programm handele es sich um ein zweistufiges Förderverfahren. Zunächst sei eine Projektskizze in der Zeit vom 01.08. bis 31.10.2023 einzureichen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass das Fördervolumen bei mindestens 500.000 € liegen müsse. Die Verwaltung prüfe diese Fördermöglichkeit. Sofern eine förderfähige Projektskizze entwickelt werden könne, werde der Fachausschuss darüber informiert

werden. Am 18.08.2023 habe er bereits auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion B90/Die Grünen geantwortet. Insofern habe der Antrag ihn irritiert.

In Anbetracht der Vielzahl von Förderprogrammen im Bereich des Klimaschutzes regte Herr **Kissing** an, dass die Fraktionen konkrete Projektvorschläge einreichen könnten.

Zu TOP 10.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

10.1 Mitteilung der Verwaltung

10.1.1 Terminhinweise

Herr **Müller** informierte über noch anstehende Aktionen und Veranstaltungen (s. Präsentation Seite 33).

10.1.2 Sachstand Lärmaktionsplan 4. Runde

Herr **Breuer** informierte darüber, dass das Büro PRR mit der Fortschreibung des Lärmaktionsplanes 4. Runde der Stadt Kamen beauftragt worden sei und die Arbeit aufgenommen habe. Sobald die Entwurfsfassung vorliege, werde die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Fachausschüsse in gewohnter Form (Bereitstellung über die Planungshomepage, Offenlage im Rathaus) erfolgen. Entsprechend der Vorgaben der EU/des Bundes und des Landes NRW sei eine Beschlussfassung des Lärmaktionsplanes 4. Runde bis Mitte Juli 2024 erforderlich.

10.2 Anfragen

10.2.1

Herr **Kühnapfel** regte Schulungen für eine strukturierte, optimierte und ökologisch sinnvolle Grünpflege für das kommunale Personal an. Zudem sollten öffentliche Grünflächen naturnah gestaltet werden.

Herr **Dr. Liedtke** sagte zu, die Anregung an die Servicebetriebe weiterzugeben.

10.2.2

Herr **Kühnapfel** berichtete, dass an einer Zaunanlage im Bereich der Kläranlage eine öffentlich zugängliche Futterstelle befestigt worden sei. Die Fütterung wilder Tiere sei für diese gefährdend und zudem auch aus hygienischen Gründen abzulehnen. Er bat um Kontaktaufnahme zum Lippeverband, mit der Bitte diese Futterstelle beseitigen zu lassen.

Der Sachverhalt sei der Verwaltung nicht bekannt, erklärte Herr **Dr. Liedtke** und sagte eine Prüfung der Verwaltung zu.

10.2.3

Auf Nachfrage von Herrn **Kühnapfel** zur geplanten Verrohrung eines offenen Grabens im Bereich Afferder Straße Richtung Körne (Graben 319) verwies Herr **Dr. Liedtke** auf die Zuständigkeit der Stadtentwässerung Kamen und die Behandlung der Thematik in der nächsten Sitzung des dafür zuständigen Betriebsausschusses.

10.2.4

Unter Bezugnahme auf die dem Kreis Unna vorliegende Bauvoranfrage zur Errichtung eines Windrades in Südkamen erkundigte sich Herr **Sekunde** nach den Beteiligungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger und dem weiteren Vorgehen.

Zunächst sei die Stadt Kamen aufgefordert, zu der dem Kreis Unna vorliegenden Bauvoranfrage eine planungsrechtliche Stellungnahme abzugeben, erklärte Herr **Dr. Liedtke**. Der Planung- und Stadtentwicklungsausschuss werde diesbezüglich eingebunden.

Genehmigungsbehörde sei der Kreis Unna. In Bauantragsverfahren sei grundsätzlich keine öffentliche Bürgerbeteiligung vorgesehen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Es ergaben sich keine Mitteilungen der Verwaltung.

Anfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung entfällt

gez. Aschhoff
Vorsitzender

gez. Breuer
Schriftführer